

Antwort von Stefan Meyer, CDU, Wahlkreis 11

Wie bewerten Sie den Beschluss des Amtes Geltinger Bucht zwei 2-zügige Grundschulneubauten umzusetzen und die Grundschulstandorte Kieholm und Steinbergkirche zukünftig nicht weiter zu beachten?

Das Amt Geltinger Bucht hat sich in seinen Gremien Schulausschuss und Amtsausschuss bereits in der Wahlzeit 2013 bis 2018 mit dem Thema Schullandschaft im Amt Geltinger Bucht eingehend beschäftigt. Schon in diesem Zeitraum wurde erkannt, dass sich das Amt Geltinger Bucht für den Bereich Grundschulen deutlich moderner und zukunftsorientierter aufstellen muss. Spätestens mit dem Bericht des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2017, wurde dem Schulträger aufgezeigt, dass eine Reduzierung auf zwei Schulstandorte für den Bereich Grundschulen, als notwendig angesehen wird.

In der Wahlzeit 2018 bis 2023 hat sich der Schulträger intensiv mit der Erstellung eines Schulentwicklungsplanes befasst. Mit dem Ziel: „Zukunft Schule 2030“. Hierbei kam auch der Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zum gesetzlich verpflichtenden Ganztagsangebot ab 2026 eine besondere Bedeutung zu. In der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB-SH), Teil 1 und Teil 2 wurde aufgezeigt, welche Kosten auf den Schulträger zukommen würden, wenn alle vier Standorte nicht nur erhalten blieben, sondern so saniert werden, so dass sie den Anforderungen an den gesetzlichen Anspruch ab 2026 auf „offenen Ganztage“ gerecht werden könnten. Mehrere Varianten wurden durchgerechnet. Das Ergebnis der IB-SH war klar und eindeutig. Zwei Standorte und durchgängig zweizügig.

Für einen effektiven und effizienten offenen Ganztage an einer Grundschule bedarf es einiger Voraussetzungen. Neben den erforderlichen Raumangeboten ist u.a. die Schülerzahl von entscheidender Bedeutung. Die übereinstimmende Expertenmeinung ist, dass die Schülerzahl mindestens 150 betragen sollte. Dieses wurde durch verschiedene Fachleute in verschiedenen Arbeitssitzungen und auch durch die Rückmeldungen von anderen Grundschulen aus dem Kreisgebiet bestätigt. Der demografische Wandel und die prognostizierten Schülerzahlen im Amt Geltinger Bucht ab 2030 zeigen auf, dass die Schülerzahlen im Amt Geltinger Bucht maximal gehalten werden können, aber auf keinen Fall auf über vierhundert Schülerinnen und Schüler ansteigen werden. Hinzu kommt die Bestandsaufnahme der Gebäudesubstanz der Grundschulen durch das Bauamt des Amtes. In dieser Bestandsaufnahme wird nicht nur aufgezeigt, in welchem Zustand sich die 50-70 Jahre alten Gebäude befinden, sondern es wird auch auf die infrastrukturellen Grenzen an den Standorten in Bezug auf Anbau- und Erweiterungsmöglichkeiten, hingewiesen. Alle Faktoren aus den verschiedenen durchgeführten Analysen, bei denen Zahlen, Daten und Fakten zugrunde gelegt wurden, hatten eine Reduzierung auf zwei Standorte als Ergebnis. Die durchgeführte „Elternbefragung“ hat sich mit 75,86 % für eine Reduzierung auf zwei Standorte ausgesprochen, wenn nicht alle vier Standorte aus wirtschaftlichen Gründen gehalten werden können. Es wird also auch der Elternwille im Rahmen der finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten berücksichtigt.

Ich persönlich habe den Prozess intensiv begleitet und nach Abwägung aller sachlichen Argumente, nach Abwägung aller für und wider, halte ich die

Entscheidung zwei moderne, zukunftsorientierte Grundschulen zu bauen, für eine richtige und zukunftsorientierte Entscheidung.

Wie bewerten Sie die Bestrebungen einiger Gemeinden (unter anderem Kieholm und Steinbergkirche) den Schulträger Amt Geltinger Bucht perspektivisch zu verlassen, einen eigenen Schulverband zu gründen und die Grundschulstandorte zu erhalten?

Ich bin weit davon entfernt, anderen Gemeindevertretungen einen Rat zu geben, oder eine Empfehlung auszusprechen. Mir ist bisher nur bekannt das die Gemeinden Steinbergkirche und die Gemeinde Hasselberg über diesen Schritt nachdenken. Dass außer den zwei Gemeinden noch andere Gemeinden über diesen Schritt nachdenken, ist mir nicht bekannt. Ich empfinde es allerdings als sehr bedenklich, wenn eine demokratisch getroffene Entscheidung nicht akzeptiert wird und die eigenen Interessen über das Allgemeinwohl des Amtes gestellt werden. So funktioniert Demokratie und Politik nach meinem Verständnis nicht!

Ein solcher Prozess würde sicherlich ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen und der Amtsausschuss müsste den Anträgen der Gemeinden abschließend zustimmen. Zum gewärtigen Zeitpunkt sehe ich dafür keine Mehrheit. Ich hoffe, dass allen Gemeindevertretern und Gemeindevertreterinnen der betroffenen Gemeinden bewusst ist, welche Tragweite, welche Konsequenzen und welche Auswirkungen das nach sich zieht, wenn ein solcher Weg gegangen würde